

## Haushaltsklausur der SPD-Fraktion

# Kein "weiter so" im Haushalt!

Der Haushalt 2019 wurde von Bürgermeister Kreissl pünktlich auf den Tisch der Gemeindevertretung gelegt. Die SPD-Fraktion war ein wenig gespannt, ob die bisherigen Kühn'schen Haushalte einfach so fortgeschrieben wurden oder ob Kreissl eine eigene Handschrift einbringen konnte.

Zur Analyse des Haushaltsentwurfs zog sich die SPD-Fraktion zu einer Wochenend-Klausur in den Odenwald zurück und arbeitete die 350 Seiten Haushaltsvorlage durch. Ebenfalls befasste sich die Fraktion mit der bemerkenswerten Stellungnahme des Personalrats zum Haushalt. Nach erster Durchsicht ist festzustellen, einige für die SPD wichtigen Punkte sind im Haushalt

enthalten. Ganz oben steht der Neubau der Sport- und Kulturhalle Seeheim. Die Planung soll 2019 erfolgen, 2020 der Bau, die Fertigstellung ist 2021 geplant. Dazu der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Weber: „Nach 10 Jahren Kühn'schen Nichtstun, der plötzlichen Schließung Ende 2016 und nach 2 Jahren interner Diskussion ist das ein sportlicher Zeitplan, der aber nicht unrealistisch ist!“ Die SPD hofft, dass diese Maßnahme nicht wie so viele in den vergangenen Jahren einfach nur in den Haushalt reingeschrieben wird, aber keine Umsetzung erfolgt. Außerdem will die SPD, dass in der Planungs- und Bauphase die zukünftigen Nutzer direkt bei anstehenden Fragen

und Entscheidungen beteiligt werden. Daher beantragt die SPD, den „Runden Tisch“, der auch schon die Konzeption und Nutzungen für die neue Halle mit entwickelte, wieder einzuberufen und bis zur Baufertigstellung regelmäßig zu beteiligen.

Der Personalrat kritisiert in seiner Stellungnahme die Personalpolitik im Rathaus. Insbesondere die seit Jahren fehlende Personalentwicklung und Personalplanung. Im ausführlichen Statement werden auch konkrete Bereiche benannt, die gesetzliche Vorgaben nicht erfüllen. „Das ist eigentlich ein Thema für die Kommunalaufsicht“, so Weber, "verantwortlich für diese Misere ist klar der alte Bürgermeister. Unser wichtigster

Vorwurf an die Amtsführung von Kühn, er hat jährlich ein Investitionsprogramm in den Haushalt geschrieben, davon aber das meiste nicht umgesetzt.

Die SPD-Fraktion sieht im neuen Haushalt einige positive Veränderungen. Offenbar hat Bürgermeister Kreissl die Mängel in der Hinterlassenschaft seines Vorgängers erkannt. So gibt es im Stellenplan einige Stellen mehr und unbesetzte Stellen sollen besetzt werden.

Dem Vernehmen nach soll auch die rathausinterne Kommunikation verbessert werden. Auch sind erhebliche Mittel im Haushalt für die Fortbildung von Führungskräften eingeplant.

„Gute Personalpolitik ist das A und O in einer Verwaltung. Wir sehen, dass Kreissl einige Weichen richtigstellt. Da stimmen wir zu. Das alles braucht Zeit, die wir in Anbetracht der anstehenden großen Aufgaben eigentlich nicht haben!“ so der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Weber.

### 3105 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Inv.-Nr.	Maßnahme	2019	2020
15-3105-11	Grundh. Erneuerung Brücke Freibad	-150.000	
15-3105-16	Umsetzung alternative Bestattungsformen	-40.000	
15-3105-22	Sanierung/ Neubau Sport- und Kulturhalle	-800.000	-8.331.000
	hierzu Einnahmen aus Fördermitteln:		2.914.000

Zu Weihnachten sind die Kirchen voller Menschen. Wir gehen hin und hören die Weihnachtsbotschaft im Krippenspiel, in der Mette oder im Gottesdienst, und zu keiner Zeit im Jahr ist die Spendenbereitschaft für Notleidende in unserem Land größer. Aber verstehen wir und leben wir, wofür es in der Weihnachtsbotschaft geht? Die christliche Botschaft der Nächstenliebe ist eine radikale und herausfordernde Aufgabe für uns Menschen. Sie verlangt die Stärkung des Gemeinsinns, das aufrichtige Miteinander in der Gemeinschaft - kurz: Sie verlangt Liebe und Mitmenschlichkeit. Diese Botschaft ist so universell, dass sie selbst bei Religionskritikern nicht wegzudenken ist. So schreibt Karl Marx, dass die Kritik der Religion mit der Lehre ende, „dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei. Also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“.

**Philipp Mohm:  
Zu Weihnachten...**



## **Christliche Botschaft ernst nehmen**

Dieser Aussage stimmen wir sicherlich zu und akzeptieren doch gleichzeitig, dass nahezu jedes fünfte Kind und jeder sechste Erwachsene in relativer Armut lebt, dass beinahe 50% der arbeitenden Bevölkerung in atypischen Beschäftigungsverhältnissen leben und jeder zehnte Erwerbstätige als arm einzustufen ist.

Wir erleben eine neue Soziale Frage in unserem Land, der sich die Politik und die Arbeitgeberverbände nur unzureichend stellen und die in den Medien kaum stattfindet. Die prekären Lebensumstände vieler Menschen in diesem Land sind sozialer Sprengstoff, sie enthalten das Potenzial, unsere Gesellschaft auseinander zu reißen, wenn wir nicht endlich aktiv ge-

gensteuern. Armut bedeutet Scham, Armut bedeutet Isolation, und Armut ist eine große Schande für ein so reiches Land wie Deutschland.

Wir müssen die christliche Botschaft der Nächstenliebe ernst nehmen und dauerhaft leben.

Hierzu braucht es ein gerechtes Steuersystem, das Reiche und Unternehmen in die Pflicht nimmt und es braucht endlich einen Sozialstaat, der den Menschen nicht ihre Würde nimmt und immer nur fordert. Wir brauchen endlich auch Förderung und jede Menge Investitionen in Bildung und Schulen. Nur so schaffen wir eine echte Chancengerechtigkeit.

Zum Jahreswechsel wollen wir uns ja gerne gute Vorsätze für das neue Jahr geben. Nehmen wir uns doch diesmal das Wort des Politikwissenschaftlers Rainer Forst von der Goethe-Universität aus einem SPIEGEL-Interview vor: „Auch wenn wir uns in der Praxis oft mit kleinen Schritten der Gerechtigkeitspolitik begnügen müssen, dürfen wir doch im Denken nicht die Gerechtigkeit ihrer Radikalität berauben“.

### **Beitritt zur Charta**

## **Auf den Tod vorbereiten**

Die SPD-Fraktion hat beantragt, dass Seeheim-Jugenheim der „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“ beiträgt.

Die Charta ist eine Initiative, die sich für Menschen einsetzt, die aufgrund einer Erkrankung mit Sterben und Tod konfrontiert sind. Vor dem Hintergrund des aktuellen Stands der Forschung werden in fünf Leitsätzen Aufgaben, Ziele und Handlungsbedarf für die Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland formuliert.

Die Charta wurde in einem zweijährigen Prozess erarbeitet und im September 2010 veröffentlicht. Daran mitgewirkt haben rund 200 Experten aus 50 gesellschaftlich und gesundheitspolitisch relevanten Organisationen und Institutionen.

Mittlerweile sind über 11.000 Organisationen und Einzelpersonen der Charta beigetreten, darunter auch der Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Reinheim. Für die Gemeinde ist mit dem Beitritt zur Charta keinerlei finanzielle Verpflichtung verbunden.

**Wolfgang Weber: Alle Jahre wieder...**

# Dem Finanzkapitalismus trotzen

Alle Jahre wieder diskutieren wir in der Gemeindevertretung den Haushalt für das nächste Jahr. Alle Jahre wieder gibt es unterschiedliche Bewertungen zwischen den Fraktionen bei der Frage „was ist wichtig und was ist weniger wichtig?“ Dabei geht es häufig nur um wenige tausend Euro. Wir Kommunalpolitiker haben nur einen minimalen Einfluss auf die Steuereinnahmen und müssen mit den von Land und Bund vorgegebenen Zuweisungen leben. Die reichen längst nicht mehr aus, um nur die bisherigen Standards zu halten. Je länger wir diese Situation widerspruchslos hinnehmen,

## Wo liegen Mängel?

umso mehr gewöhnen wir uns an diese kommunale Mangelwirtschaft. Aus meiner Sicht muss das nicht sein – und nein, es darf so nicht weitergehen! Aber wo liegen die Mängel? Und was ist zu tun? Der Ökonom Stephan Schulmeister kommentierte in der Frankfurter Rundschau diese übermächtigen Märkte und die schweren Mängel des Finanzsystems. Dabei definierte er drei Arten der Beteiligung an den erwirtschafteten Erträgen einer Gesellschaft:  
Erstens: Für unterneh-

merisches Handeln gibt es Profit.  
Zweitens: Für Arbeit gibt es Lohn.  
Die dritte Kategorie sind Finanzanleger und Immobilienbesitzer. Quelle ihres Einkommens ist keine Leistung, sondern allein der Besitz.

## Investitionen fehlen

Im Deutschland der sechziger Jahre lag die Rendite von Realanlagen bei 20 Prozent. Damals wurde gut investiert. Es gab Vollbeschäftigung und sichere Arbeitsplätze. In den 70er Jahren wurde die Spielordnung geändert. Um die Vermehrung von Vermögen zu erleichtern, wurde der Finanzmarkt liberalisiert. Die Rendite verschiebt sich damit mehr zugunsten von Finanzanlagen, weil Investitionen weniger Profit bringen. Die Folge: Es wird weniger investiert. Damit wird unser ehemaliges gutes und ausgewogenes Wirtschaftssystem geschwächt und destabilisiert. Und es werden von Wenigen riesige Finanzvermögen produziert, die keine realwirtschaftliche Deckung haben. Diese Finanzkonzentration in nur

wenigen Händen schadet der Realwirtschaft, dem technischen Fortschritt und dem Wettbewerb. Das Ergebnis: Für Unternehmer, Handwerker und Selbständige steht Geld für notwendige Investitionen immer weniger zur Verfügung. Dies ist nicht nur schlecht für die Unternehmer, sondern es ist auch nicht im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung - der abhängig Beschäftigten. Denen fehlt die Perspektive auf langfristig sichere Arbeitsplätze und guten Lohn. Dabei wird der Anschein erweckt, dass die Entwicklung - dieses Korsett, in welches uns der globale Finanzkapitalismus zwingt - nicht änderbar sei. Das ist falsch! Dem muss aktiv und entschieden durch eine neue gesamtverantwortliche Politik entgegengetreten werden. Aus meiner Sicht ist es vor allem die Aufgabe der Sozialdemokratie, diese Mängel anzuprangern und die Spielregeln wieder zum Vorteil des breiten Teils der Bevölkerung zu ändern. Die Macht gehört zurück in die Hände der Mehrheit des Volkes! Wir brau-

chen eine neue Steuerpolitik mit folgenden Maximen, um die frühere falsche Weichenstellung zu korrigieren:  
Einkommen aus Vermögen muss zumindest genauso hoch besteuert werden, wie Einkommen aus Arbeit.  
Der Handel mit Finanzprodukten muss in gleicher Höhe umsatzsteuerpflichtig werden wie der Handel mit Realprodukten.

## Neues Steuersystem

Die Erbschaftssteuern für große Privat- und Firmenvermögen müssen deutlich angehoben werden.  
Das ungeschmälerte Weiterreichen hoher und wachsender Vermögen von Generation zu Generation passt nicht zu einer solidarischen Gesellschaft. Wir brauchen wieder mehr Verantwortung und mehr Solidarität in der Gesellschaft - auch bei den Finanzen. Ändert sich an der Verteilung des „Finanzkuchens“ nichts, so stirbt letztlich die kommunale Selbstverwaltung und es bleibt nur eine kommunale Mangelwirtschaft. Ich denke, das geht auch anders. Es muss schnell anders werden.

## Termine

<b>06. 12. 2018</b>	19.30	Fraktion, Haus Hufnagel
<b>09. 12. 2018</b>	15.00	Adventskaffee, Haus Hufnagel
<b>11. 12. 2018</b>	20.00	HFA, Haus Hufnagel
<b>13. 12. 2018</b>	19.00	Gemeindevertretung, Feuerwehrstützpunkt

## **Gemeindewald Seeheim-Jugenheim**

# **Viel Lärm um nichts?**

Ein Sturm der Entrüstung bricht los, Vertreter der Bürgerinitiativen zur Rettung des Waldes und selbsternannte Waldspezialisten treten auf den Plan und bescheinigen unisono den Untergang des Gemeindewaldes Seeheim-Jugenheim. Was ist geschehen? Pflichtgemäß hat die Gemeinde eine Forsteinrichtung aufstellen und genehmigen lassen, die für die nächsten 10 Jahre die Bewirtschaftung des Gemeindewaldes regelt, Dass es dabei auch darum geht, die laufenden Kosten für zwei Forstwirte und die Beförderung zu stemmen ohne die Gemeindekasse über Gebühr zu strapazieren, liegt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde. Dazu ist es aber gelegentlich er-

forderlich, die Vorgaben der Forsteinrichtung auch umzusetzen. Das hat das Forstamt als beauftragter Bewirtschafter im Rahmen des von den Gemeindegremien beschlossenen Waldwirtschaftsplans für's laufende Jahr getan. Eine illustre Runde ist eingeladen, am FSC-Audit im Gemeindewald bei Steigerts teilzunehmen. Die Vorwürfe an den Bewirtschafter sind massiv, sie reichen von der fehlerhaften Anlage von Rückegassen über das Verlassen der Rückegassen, Bodenschäden und Bodenverdichtung aufgrund von Nässe, Fällschäden am Jungwuchs und gesunden Bäumen, Verjüngungshemmung durch zu viel Licht, zu große Lücken für eine Natur-

verjüngung mit der Gefahr von Ausfall durch Wildverbiss und Verwilderung, Verdämmung der Verjüngung durch liegenbleibende Baumkronen, Schädigung des Wurzelwerks durch Holzlagerung bis hin zur Beseitigung von Erholungsfunktionen des Waldes. Mails mit diesen Vorwürfen werden an nahezu 100 Personen verschickt, wobei deren Funktion offen bleibt und die Frage gestellt werden muss, was Personen in Hamburg oder München mit dem Wald in Steigerts verbindet. Vor Ort ist aber genau das vorzufinden, was die Forsteinrichtung für den Waldbestand vorgesehen hat: Entnahme von Bäumen zur Einleitung der Naturverjüngung mit Verkauf von Holz zur Abdeckung der Ausgaben gemäß des Waldwirtschaftsplans. Auch der Auditor kann die Vorwürfe nicht bestätigen. Tatsächlich bleibt dann doch noch etwas am Bewirtschafter hängen, eine Kleinigkeit formaler Art: Die Auswahl und Anlage der Rücke-

gassen stimmt in einigen wenigen Fällen nicht mit dem FSC-Reglement überein. Der Waldeigentümer bestimmt über Art und Weise, wie er sein Waldeigentum behandelt. Klar ist jedoch nach dem gültigen Waldgesetz, dass der Wald zum Wohl der Allgemeinheit bewirtschaftet werden muss. Der Waldeigentümer kann auf Einnahmen aus seinem Wald verzichten, muss ihn aber trotzdem so behandeln, dass er erhalten bleibt und keine Gefahr für die Allgemeinheit darstellt. Das ist sicherlich nicht kostenlos zu machen. Und dann gibt es noch die kleine Angelegenheit mit der Biodiversität, die gefördert wird, je kleinflächiger strukturiert der Wald ist und wie es bei einer geregelten Forstwirtschaft der Fall ist. Das führt weiter zu der Frage nach der Sinnhaftigkeit großflächiger, aus der Nutzung genommener Waldgebiete, die heftig auch für unseren Gemeindewald diskutiert wurde. Aber das wäre dann einer gesonderten Betrachtung wert.



Das Newsletter-Team wünscht  
frohe Weihnachten und  
ein gutes neues Jahr